



Nr. 12

28. März 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Koalition muss Herausforderungen für den öffentlichen Dienst angehen](#)

Thüringen

[Gewerkschaftstag fordert bessere Bedingungen für öffentlichen Dienst](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ /

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Koalitionsverhandlungen: Sicherheitspaket gefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Nutzung von Privathandys in Schulen soll eingeschränkt werden](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Koalition muss Herausforderungen für den öffentlichen Dienst angehen

Die SPD Hamburg hat am Wochenende entschieden, die Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen fortzusetzen. Der dbb hamburg wirbt dafür, dass jetzt zügig eine stabile Regierung gebildet wird, die Lösungen für die Herausforderungen, vor denen auch der öffentliche Dienst in Hamburg steht, entwickelt.

Angesichts der Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens in Hamburg sei es notwendig, diesen Themenbereich in einem neuen Koalitionsvertrag zu verankern. Der neue Senat müsse dringen Maßnahmen zur Stärkung der Personalbindung und -gewinnung, zur Digitalisierung, zum Bürokratieabbau sowie zur Entlastung der Beschäftigten zu beschließen.

Auch „jahrzehntealte Baustellen“ wie die amtsangemessene Alimentation seien zu lösen, hieß es vom dbb hamburg. Im Sommer 2025 stehen zudem im Tarifbereich des TV-L Verhandlungen über Zulagen für „bürgernahe Dienstleistungen“ in Hamburg an. Diese Sachfragen sind aus Sicht des dbb Landesbund wichtiger als der Kampf um Zuständigkeiten und Posten.

Der dbb hamburg wird seine Vorschläge für einen attraktiven hamburgischen öffentlichen Dienst in Form des Grundsatzpapiers „Öffentlicher Dienst Hamburg 2030“ den alten und zugleich neuen Koalitionspartnern zur Verfügung stellen, um sinnvolle Lösungen für den hamburgischen öffentlichen Dienst zu erreichen.

Dazu dbb-Landeschef Thomas Treff am 24. März 2025: „In den jetzt anstehenden Koalitionsverhandlungen müssen die Weichenstellungen für einen zukunftsfähigen hamburgischen öffentlichen Dienst erfolgen. Denn das ist sowohl im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft.“

Thüringen

Gewerkschaftstag fordert bessere Bedingungen für öffentlichen Dienst

Der tbb setzt sich auf dem VIII. Gewerkschaftstag 2025 für eine nachhaltige Stärkung des öffentlichen Dienstes in Thüringen ein. In vier wegweisenden Leitartikeln fordert der tbb verbesserte Arbeitsbedingungen, eine moderne Personalentwicklung sowie eine verstärkte Digitalisierung, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu gestalten.

Wertschätzung für den öffentlichen Dienst: Der tbb betont die Notwendigkeit einer angemessenen Wertschätzung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Neben einer gerechten Bezahlung fordert der Verband verbesserte Arbeitsbedingungen, einen effektiven Schutz der Bediensteten und eine gezielte Förderung von Motivation und Loyalität.

Stärkung des Berufsbeamtentums: Ein leistungsfähiger und verlässlicher öffentlicher Dienst ist eine tragende Säule des demokratischen Rechtsstaats. Der tbb fordert eine verfassungsgemäße Alimentation, transparente

Beförderungsverfahren und eine klare Positionierung der Landesregierung zum Berufsbeamtentum.

Digitalisierung als Chance nutzen: Die fortschreitende Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, den öffentlichen Dienst effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Der tbb fordert eine sachgerechte Ausstattung, klare Kompetenzregelungen sowie umfassende Fortbildungsprogramme, um die Chancen der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen.

Personalentwicklung und moderne Ausstattung: Der tbb sieht die Notwendigkeit eines zukunftsorientierten Personalentwicklungskonzepts, um qualifizierte Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und langfristig zu binden. Dazu zählen wettbewerbsfähige Vergütung, transparente Karriereöglichkeiten und eine moderne technische Ausstattung.

„Der öffentliche Dienst muss als attraktiver Arbeitgeber positioniert werden, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein“, erklärt Frank Schönborn, Landesvorsitzender

des tbb. „Wir fordern die Landesregierung auf, die notwendigen Reformen zeitnah umzusetzen.“

Der tbb wird sich auch zukünftig entschlossen für die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen einsetzen und die geforderten Maßnahmen konsequent einfördern.

Alle Leitunterlagen gibt es unter thueringer-beamtenbund.de.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ / Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Koalitionsverhandlungen: Sicherheitspaket gefordert

Vor dem Hintergrund der laufenden Koalitionsverhandlungen fordern BDZ und DPoIG Bundespolizeigewerkschaft eine Investitionsoffensive und erweiterte Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden des Bundes.

Die Vorsitzenden Thomas Liebel (BDZ) und Heiko Teggatz (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft) erklärten dazu am 24. März 2025, dass die aktuelle Sicherheitslage an Grenzen und bei kritischen Infrastrukturen sofortige Verbesserungen bei Ausstattung und Befugnissen von Zoll und Bundespolizei erfordern.

„Wir müssen gegen organisierte Schleuser- und Schmugglerbanden endlich effektiver vorgehen und auch im Hintergrund ermitteln können“, so Teggatz. „Dazu gehören moderne Technik wie Drohnen und mehr Präventivbefugnisse, beispielsweise bei der Überwachung kryptierter Kommunikation und bei der Cyberabwehr.“ Die ehemalige Ampelregierung habe dies abgelehnt und die Chance für eine Anpassung des Bundespolizeigesetzes verstreichen lassen, mahnt Teggatz.

Zollgewerkschafter Liebel kritisiert, dass kriminelle Vereinigungen ihre Gewinne aus Straftaten hierzulande weiterhin unbehelligt reinwaschen könnten: „Die Politik verliert mit der endlosen Debatte um neue Behörden wie ein Bun-

desfinanzkriminalamt oder eine Bundesfinanzpolizei zu viel Zeit im Kampf gegen Geldwäsche. Dabei liegen die Gesetzentwürfe, um den Kriminellen den Geldhahn abzudrehen und ihre illegalen Vermögen einzuziehen, doch längst auf dem Tisch.“

Nach Vorstellung der beiden Gewerkschaftschefs sollten die so eingezogenen Vermögenswerte auch direkt zur Refinanzierung der Sicherheitsbehörden genutzt werden. So könnte der hohe Investitionsrückstau bei Zoll und Polizei behoben und die fehlende Ausrüstung beschafft werden.

Hintergrund

Rund 100.000 Zöllner und Bundespolizisten sichern Deutschlands Flughäfen, Seehäfen und Verkehrswege. Das jüngste BKA-Lagebild weist Rekordschäden durch die Organisierte Kriminalität, beispielsweise bei Rauschgift-, Wirtschafts- und Schleusungsdelikten aus. Sowohl BDZ als auch DPoIG haben einschlägige Positionspapiere zur inneren Sicherheit vorgelegt.

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Nutzung von Privathandys in Schulen soll eingeschränkt werden

Der DPPhV begrüßt politische Bestrebungen, die ausufernde private Nutzung von Smartphones in der Schule einzuschränken.

Die DPPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte dazu am 21. März 2025: „Privathandys gehören nicht in den Unterricht! Die Schule muss wieder ein Ort der geschützten Kommunikation werden! Hier sollen alle die Möglichkeit haben, sich intensiv mit Bildungsinhalten auseinanderzusetzen. Eine private Nutzung von Smartphones ist dabei hinderlich und störend – sowohl für die Lehrkräfte als auch für Mitschüler und Mitschülerinnen.“

Studien zeigen, dass ständige Ablenkung durch Nachrichten, soziale Medien und Spiele die Konzentrationsfähigkeit erheblich mindert und nachhaltiges Lernen erschwert. Zudem begünstigt die permanente Verfügbarkeit digitaler Kommunikation Mobbing, Cyberbullying und sozialen Druck unter Jugendlichen. Auch

das soziale Miteinander in der Klasse leidet, wenn der Blick häufiger auf das Display als auf das Gegenüber gerichtet ist. „Wenn wir Bildung ernst nehmen, müssen wir auch die Lernumgebung konsequent schützen“, so Lin-Klitzing.

Auch in anderen Staaten wie in Frankreich, Italien und Großbritannien gibt es ähnliche Bestrebungen mit dem Ziel, Konzentration, soziale Interaktion und den Lernerfolg zu fördern. Diese internationalen Beispiele zeigen: Die Debatte um die Rolle von Smartphones an Schulen ist kein rein deutsches Thema. Lin-Klitzing betonte: „Schule ist kein digitaler Marktplatz für soziale Netzwerke – sie muss ein Raum für Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und respektvollen Austausch bleiben.“

Namen und Nachrichten

Am 25. März 2025 trafen sich die Spitze des **dbb brandenburg** mit Björn Lüttmann, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Landtag Brandenburg. In dem Gespräch wurde die beabsichtigte Abschmelzung des Pensionsfonds diskutiert und vom dbb stark kritisiert. Auch die Reform des Disziplinarrechts wurde im gemeinsamen Austausch besprochen und vom dbb ebenfalls stark kritisiert. Weitere Themen des Gesprächs waren die Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen, die laufenden und kommenden Tarifverhandlungen sowie eine einheitliche bundesweite Besoldung.

Der Vorstand des **dbb saar** hat sich am 25. März 2025 mit den Landtagsfraktionen von SPD und CDU ausgetauscht. Themen waren die Entwicklung und Stärkung des öffentlichen Dienstes, die dortige Arbeitsbelastung (allgemein und im Schulbereich) sowie die Nachwuchsgewinnung. Der dbb Landesvorsitzende Ewald Linn hob in den Gesprächen heraus, dass in den saarländischen Landesverwaltungen und Schulen große Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen herrsche. Zudem fordere der dbb von der Politik ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und zu einem verlässlichen, leistungsfähigen und modernen Staat.

Der **Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)** blickt mit großer Sorge auf die geplante Änderung des Schulrechts in Nordrhein-Westfalen. Sollte der Entwurf des 17. Schulrechtsänderungsgesetzes in der vorliegenden Form beschlossen werden, drohen erhebliche negative Folgen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, aber auch für die Bildungsqualität, warnte der VDR am 25. März 2025. Konkret geht es um Realschulen mit Hauptschul-Bildungsgang. Mit diesem vor zehn Jahren eingeführten Konstrukt wollte die damalige nordrhein-westfälische Landesregierung individuelle Bildungsverläufe auch bei fehlender Verfügbarkeit eines vollständigen Schulangebotes des gegliederten Systems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) in der näheren Umgebung sicherstellen. Dabei wurde immer betont, dass es sich um eine Übergangsregelung handle, die keinesfalls von den Kommunen als Instrument der Schulentwicklung missbraucht werden dürfe. Heute gibt es bereits 18 Realschulen mit Hauptschulbildungsgang in NRW – und es könnten bald deutlich mehr werden. Denn der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, dass die einstige Übergangsregelung nunmehr in eine Dauerregelung überführt wird. „Es ist fatal, dass der aktuelle Gesetzentwurf diesen

Geburtsfehler nicht heilt. Sinnvoll und notwendig wäre, dass die NRW-Landesregierung den Realschulen mit Hauptschulbildungsgang die Einrichtung eigener Hauptschulklassen ermöglicht“, betont der VDR-Vorsitzende Ralf Neug-

schwender. „Wesens- sowie Qualitätsmerkmale der Schulen des gegliederten Schulsystems sind die relative Homogenität der Lerngruppen sowie die Einheitlichkeit der Bildungsziele und Lehrpläne.

Termine:

28. - 10. April 2025

Ideencampus

„Von Müdigkeit zur Mitwirkung: Demokratie neu beleben“

Weitere Informationen unter dbb-jugend.de

28. - 29. April 2025

15. Forum Personalvertretungsrecht

„Beschäftigte und ihre Personalvertretungen im Umbruch“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15. Mai 2025

19. Frauenpolitische Fachtagung

Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus

Weitere Informationen unter dbb-frauen.de